

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 95 (2015)
Heft: 1032

Artikel: "Mourning becomes the law"
Autor: Butler, Judith
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Mourning becomes the law»

Brief von Judith Butler

Paris, Samstag, 14. November

Ich bin in Paris. Am Freitagabend war ich in der Nähe des Tatorts auf der Rue Beaumarchais. Zehn Minuten entfernt von einem der anderen Schauplätze ass ich zu Abend. Alle, die ich kenne, sind wohlauf, aber viele mir unbekannte Menschen sind tot oder traumatisiert oder in Trauer. Es ist schockierend und entsetzlich. Heute Nachmittag waren die Strassen bevölkert, am Abend jedoch leer. Der Morgen war ganz still.

Verfolgt man die mediale Diskussion seit dem Geschehen, scheint klar: Der «Ausnahmestand» mag vorübergehend sein, doch er gibt die Tonart vor für ein Erstarren des Sicherheitsstaates. Im Fernsehen wird über die Militarisierung der Polizei debattiert (wie der Prozess zu vollenden sei), über den «Raum der Freiheit» und darüber, wie die formlose Entität Islamismus zu bekämpfen sei. Hollande versuchte bei seiner Kriegserklärung männlich auszusehen, aber die imitativen Aspekte seines Auftritts waren so offenbar, dass es schwer fiel, seine Rede überhaupt ernst zu nehmen.

Und doch ist er nun – Hollande, der Imitator – Oberbefehlshaber der Armee. Die Unterscheidung Staat/Armee löst sich auf im Licht des Ausnahmestands. Die Menschen wollen Polizeipräsenz, wollen eine militarisierte Polizei, die sie beschützt. Ein gefährliches, wenn auch verständliches Verlangen. Es gibt durchaus wohltätige Aspekte der ausserordentlichen Befugnisse, die dem Herrscher im Zuge des Ausnahmestands zukommen, etwa kostenlose Taxifahrten nach Haus für jedermann. Die Krankenhäuser für alle Betroffenen zu öffnen, war ebenfalls ein Erfolg. Es gibt keine Ausgangssperre, die öffentliche Versorgung ist aber eingeschränkt und das Demonstrationsrecht aufgehoben. Sogar die «Rassemblements», die Zusammenkünfte von Menschen, die die Toten betraueren, waren streng genommen illegal. An einer dieser Versammlungen, auf dem Platz der Republik, nahm ich teil. Die Polizei forderte uns auf, auseinanderzugehen, doch nur wenige leisteten Folge. Das war für mich ein kurzer Augenblick der Hoffnung.

Wer als Kommentator versucht, zwischen den verschiedenen Arten islamischer Gemeinschaften oder politischer Ansichten zu unterscheiden, wird der Überdifferenzierung beschuldigt. Offenkundig muss es ein homogener Feind im Singular sein, damit man ihn besiegen kann. Die Unterscheidung zwischen Moslem, Dschihadist und ISIS-Kämpfer wird im öffentlichen Diskurs immer weniger wahrnehmbar. Die Experten wussten, wer der Feind war, noch bevor der IS schliesslich die Verantwortung für die Angriffe übernahm.

Ich fand interessant, wie Hollande drei Tage Staatstrauer ankündigte, während die Sicherheitskontrollen verschärft wurden – eine ganz andere Lesart von «Mourning becomes the Law»¹, dem Titel von Gillian Roses Buch. Trauern wir oder unterwerfen wir uns einer zunehmend militarisierten Staatsmacht, finden uns mit der Aufhebung der Demokratie ab? Und lässt sich nicht letzteres im Gewande des ersteren leichter an den Mann bringen? Drei Tage der öffentlichen Trauer sollten es sein, doch der Ausnahmestand kann bis zu 12 Tage währen, ohne dass die Nationalversammlung ihn genehmigen müsste.

Hinzu kommt: der Staat erklärt uns, er müsse nun, um die Freiheit zu verteidigen, Freiheiten beschränken – ein Paradox, von dem sich die Experten im Fernsehen scheinbar nicht stören lassen. Ja, die Angriffe galten eindeutig ikonischen Orten alltäglicher Freiheit in Frankreich: dem Café, der Konzert-Location, dem Fussballstadion. In der Konzert-Location ereiferte sich offenbar einer der Angreifer, die

für 89 brutale Morde verantwortlich waren, gegen Frankreich – wegen des Nichteingreifens in Syrien (gegen das Assad-Regime); und gegen den Westen – wegen seines Eingreifens im Irak (gegen das baathistische Regime). Nicht eben eine Position, wenn man es denn so nennen will, gegen westlichen Interventionismus per se.

Und dann ist da noch die hochpolitische Frage nach dem richtigen Namen: ISIS, ISIL, Daesh. Frankreich vermeidet die Bezeichnung «État islamique», um die Organisation nicht implizit als Staat anzuerkennen. Dafür hält man an der arabischen Abkürzung «Daesh» fest, um nicht durch eine Übersetzung den Feind in die eigene Sprache einzulassen. Rasch hat die Organisation die Verantwortung für die Morde übernommen. Als Motiv nennt sie: Sühne für all die muslimischen Opfer von Bombenabwürfen auf dem Gebiet des Kalifats. Warum ein Rockkonzert als Ziel gewählt wurde, genauer: als Ort eines Massakers, wird damit erklärt, dass sich hier «hundert Götzendienen in einer perversen Feier versammelt» hätten. Wie kommen sie wohl auf den Begriff Perversion? Scheinbar haben sie sich bei der Lektüreauswahl auf verbotenes Terrain verirrt. Die Präsidentschaftskandidaten haben sich auch vernehmen lassen: Sarkozy schlägt jetzt Internierungslager vor. Er hält es für nötig, sämtliche Personen zu verhaften, die verdächtig sind, Dschihadisten unter ihren Bekannten zu haben. Le Pen fordert direkt die «Ausweisung»; erst kürzlich hatte sie Migranten «Bakterien» genannt. Dass einer der Mörder, ein Syrer, angeblich über Griechenland nach Frankreich gelangt ist, könnte durchaus ein Anlass für Frankreich werden, den nationalistischen Krieg gegen Immigranten zu verschärfen.

Ich wage zu behaupten, dass viel davon abhängt, wohin der Diskurs über Freiheit in den nächsten Tagen und Wochen führen wird – es sind insbesondere die Fragen nach dem Ausbau des Sicherheitsstaates und nach den verschiedenen Schwundstufen von Demokratie, die auf uns zukommen. Die eine Art Freiheit ist unter Beschuss durch den Feind, eine andere wird durch den Staat in Bedrängnis gebracht. Dieser verteidigt die erste Freiheit als die Seele der «Grande Nation», hebt aber andererseits die Versammlungsfreiheit (Demonstrationsrecht) mitten in der allgemeinen Trauer auf und bereitet eine noch weitgehendere Militarisierung der Polizei vor. Die politische Frage lautet: Welche Spielart der politischen Rechten wird sich in den anstehenden Wahlen durchsetzen? Ausserdem: Wenn Le Pen die neue «Mitte» wird, wie rechts wird das neue «Rechts»? Furchtbare, traurige, schreckensschwängere Zeiten. Es ist zu hoffen, dass wir auch weiterhin frei denken und handeln können.

Die Trauer scheint derweil ganz auf den nationalen Rahmen beschränkt: Die fast 50 Toten in Beirut vom Vortag werden kaum erwähnt, ebenso wenig die 111 Menschen, die während der vergangenen Wochen in Palästina getötet wurden, oder die in Ankara. Die meisten meiner Bekannten sehen sich am Ende ihres Lateins. Sie können die Situation gedanklich nicht mehr bewältigen. Eine Möglichkeit wäre es, ein Konzept transversaler Trauer zu entwickeln, sich die Metrik bewusst zu machen, nach der Trauer funktioniert: Warum trifft mich der Anschlag auf das Café tiefer als die anderen Anschläge? Wie es scheint, können Angst und Zorn in den Menschen tatsächlich das starke Verlangen nach einem Polizeistaat wecken. Vermutlich deshalb ziehe ich diejenigen vor, die mit ihrem Latein am Ende sind. Das bedeutet: es wird eine Weile dauern, das alles zu ergründen. Mitten im Entsetzen denkt es sich nicht gut. Es braucht Zeit und Menschen, die einem zur Seite stehen – etwas also, das sich genau während eines nicht genehmigten «Rassemblement» entwickeln könnte.

Judith Butler ist US-amerikanische Philosophin und Philologin. Sie ist Professorin für Rhetorik und Komparatistik an der University of California, Berkeley. Bekannt wurde sie mit der Verhandlung von Geschlechterthemen («Das Unbehagen der Geschlechter», Suhrkamp, 2003), ausserdem setzte sie sich prononciert mit Macht- und Subjekttheorien auseinander, später beschäftigte sie sich vor allem mit der Ethik der Gewaltlosigkeit.

Dieser Text ist am 14. November erschienen auf versobooks.com. Wir drucken ihn unverändert und exklusiv auf Deutsch. Übersetzt aus dem Englischen von Jan Meyer-Veden.

¹Dt.: Die Trauer wird zur Regel.